



BK10-24-0011_Z

Beschluss

In dem Verwaltungsverfahren
von Amts wegen

betreffend die Betreiber und Eigentümer von Serviceeinrichtungen im Bundesgebiet,

Betroffene,

wegen der Gewährung einer Ausnahme gemäß Art. 15 Abs. 10 der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2177 vom 22.11.2017 über den Zugang zu Serviceeinrichtungen und schienenverkehrsbezogenen Leistungen,

Hinzugezogene:

1. DB Cargo AG, Rheinstr. 2, 55116 Mainz, vertreten durch den Vorstand,
2. DB Fernverkehr AG, Europa-Allee 78-84, 60486 Frankfurt am Main, vertreten durch den Vorstand,
3. DB Regio AG, Europa-Allee 70-76, 60486 Frankfurt am Main, vertreten durch den Vorstand,
4. DB InfraGO AG, Adam-Riese-Str. 11-13, 60327 Frankfurt am Main, vertreten durch den Vorstand,
5. eurobahn GmbH & Co. KG, Immermannstraße 65b, 40210 Düsseldorf, vertreten durch die eurobahn Verwaltungsgesellschaft mbH mit Sitz in Düsseldorf, diese wiederum vertreten durch die Geschäftsführung,

6. FlixTrain GmbH, Friedenheimer Brücke 16, 80639 München, vertreten durch den Geschäftsführer,

– Verfahrensbevollmächtigte:



hat die Beschlusskammer 10 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn,

durch

den Vorsitzenden Dr. Ulrich Geers,
den Beisitzer Dr. Hendrik Leupold und
den Beisitzer Jan Kirchhartz

am 22.03.2024

folgende Allgemeinverfügung beschlossen:

Es wird mit Wirkung ab dem 01.10.2024 eine Ausnahme von der Anwendung des Art. 15 der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2177 gewährt mit der Folge, dass zur behördlichen Kontrolle der Stilllegung von Serviceeinrichtungen auf bestehende Verfahren (derzeit: das Verfahren nach § 11 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes) zurückzugreifen ist.